

sei gründlich geprüft, es sei aber noch keine Entscheidung getroffen worden¹⁾).

Am 14. Februar 1939 lief der amerikanische Zerstörer »John D. Edwards« von Hongkong nach Hainan aus²⁾), um die auf der Insel lebenden Amerikaner zu schützen, von denen seit dem Ausbruch der Feindseligkeiten keine Nachrichten vorlagen. Auf Hainan unterhält vor allem eine Presbyterianer-Mission 3 Missionsschulen. Nachdem der Kommandant vom japanischen Vizekonsul auf Hainan die Versicherung erhalten hatte, die Interessen der Ausländer seien geschützt, kehrte das Kriegsschiff nach Hongkong zurück³⁾).

Der amerikanische Botschafter in Tokio, Joseph C. Grew, suchte den japanischen Außenminister Arita am 17. Februar 1939 auf, um unter Hinweis auf die besonderen Interessen Amerikas und die in Hainan ansässigen Amerikaner und ihre Missionsschulen die Absichten Japans zu erfahren. Der japanische Außenminister gab ihm dieselbe Antwort, wie dem französischen und dem britischen Botschafter⁴⁾).

Einen Tag später, am 18. Februar 1939, verneinte der Unterstaatssekretär der Vereinigten Staaten, Sumner Wells, auf einer Pressekonferenz die Richtigkeit eines Berichtes aus Paris⁵⁾), nach dem die Vereinigten Staaten Großbritannien und Frankreich zu einem gemeinsamen Einspruch gegen die Besetzung Hainans durch Japan aufgefordert hätten. Er fügte hinzu:

»The United States have not communicated in any way with the British and French Government with regard to that question. There has been no discussion among the three governments in so far as the United States is concerned.«

Vahldiek.

Die Änderung des Artikels 30 des Genfer Abkommens vom 27. Juli 1929⁶⁾

Der Präsident des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes wies in den Rundschreiben vom 27. April 1936⁷⁾ und vom 31. Juli 1936⁸⁾ auf die Schwierigkeiten hin, die sich der Durchsetzung der kriegsrecht-

¹⁾ A. a. O., Sp. 1692.

²⁾ New York Times vom 14. 2. 1939.

³⁾ Temps vom 17. 2. 1939; New York Times vom 18. 2. 1939.

⁴⁾ New York Times vom 18. 2. 1939; Times vom 18. 2. 1939; Temps vom 18. 2. 1939; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 18. 2. 1939; Frankfurter Zeitung vom 18. 2. 1939.

⁵⁾ New York Times vom 19. 2. 1939.

⁶⁾ Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Heere im Felde vom 27. Juli 1929 (RGBl. 1934, II, S. 208).

⁷⁾ Revue Internationale de la Croix-Rouge 1936, S. 342.

⁸⁾ A. a. O. S. 669ff.

lichen Normen während des italienisch-abessinischen Krieges¹⁾ entgegen gestellt haben, und gab eine Übersicht über den Stand der Reformarbeiten, die einen wirksameren Einsatz des Roten Kreuzes in Kriegszeiten zum Ziele hatten. Als fertige Entwürfe lagen damals vor der Entwurf eines Zusatzabkommens²⁾ zum Genfer Abkommen von 1929³⁾ und zum X. Haager Abkommen von 1907⁴⁾, der die Anwendung der Grundsätze des Genfer Abkommens auf den Luftkrieg zum Gegenstand hatte, sowie ein Abkommensentwurf über die Rechtsstellung und den Schutz von Zivilpersonen feindlicher Staatsangehörigkeit auf dem Staatsgebiet eines Kriegführenden oder dem von ihm besetzten Gebiet⁵⁾. In Bearbeitung befand sich ein Entwurf zur Änderung des X. Haager Abkommens, betreffend die Anwendung der Grundsätze des Genfer Abkommens auf den Seekrieg⁶⁾, sowie ein Entwurf zur Schaffung von Sanitätsstädten und -plätzen⁷⁾. Weiterhin führte das Rundschreiben als Probleme, für die erst ein Bearbeitungsprogramm festgelegt werden müsse, die Fragen der Auslegung, Abänderung und Ausdehnung des Genfer Verwundetenabkommens von 1929 an und hob insbesondere hervor, daß die gegenwärtige Fassung des Art. 30 unzulänglich sei.

Art. 30 des Genfer Verwundetenabkommens⁸⁾ bestimmt weder, welches Organ für die Untersuchung einer Abkommensverletzung zuständig ist, noch regelt er das bei der Untersuchung anzuwendende Verfahren. Diese Mängel zeigten sich deutlich während des Abessinienkonfliktes. Zwar haben sich beide Kriegführende an das Internationale Komitee des Roten Kreuzes mit der Bitte um Untersuchung von Verstößen gegen das Genfer Abkommen gewandt⁹⁾, wenn auch nicht unter ausdrücklicher Berufung auf Art. 30, so doch offensichtlich in der Ab-

1) Vgl. v. Nostitz-Wallwitz: Das Kriegsrecht im italienisch-abessinischen Krieg, diese Zeitschrift Bd. VI, S. 680ff., insbesondere S. 686ff.

2) XIV^e Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Bruxelles 1930, Compte Rendu S. 219ff.

3) Siehe oben Anm. 1.

4) Abkommen, betreffend die Anwendung der Grundsätze des Genfer Abkommens auf den Seekrieg vom 18. Oktober 1907 (RGBl. 1910, S. 283).

5) XV^e Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Tokio 1934, Compte Rendu, S. 262ff.

6) Vgl. dazu Mosler: Die Revision des Haager Abkommens über die Anwendung des Genfer Abkommens auf den Seekrieg, diese Zeitschrift Bd. VIII, S. 282ff.

7) Vgl. Revue Internationale de la Croix-Rouge 1936, S. 582ff.

8) »A la demande d'un belligérant, une enquête devra être ouverte, selon le mode à fixer entre les parties intéressées au sujet de toute violation alléguée de la Convention; une fois la violation constatée, les belligérants y mettront fin et la réprimeront le plus promptement possible.«

9) Schreiben des italienischen Regierungschefs an den Präsidenten des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes vom 16. I. 1936, Revue Internationale de la Croix-Rouge 1936, S. 72f.; Telegramm der abessinischen Regierung vom 23. I. 1936, zit. a. a. O. S. 152; vgl. im einzelnen v. Nostitz-Wallwitz, a. a. O. S. 695.

sicht, eine Untersuchung im Sinne dieser Bestimmung herbeizuführen¹⁾. Doch scheiterte die Durchführung des Verfahrens daran, daß die abessinische Regierung auf das Ansuchen des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes um Entsendung eines Bevollmächtigten zur Verhandlung über die Einzelheiten des Verfahrens bis zum Ende des Krieges nicht mehr antwortete²⁾. Außerdem wurde bei dieser Gelegenheit ein Notenwechsel³⁾ zwischen dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes und dem Dreizehnerausschuß des Völkerbundes um die Überlassung des vom Internationalen Komitee gesammelten Materials geführt, der mindestens teilweise auf das Fehlen einer Zuständigkeitsbestimmung und -abgrenzung in Art. 30 zurückzuführen ist.

Das erwähnte Rundschreiben verwies auf einen von J. M. A. Schikélé gemachten Vorschlag⁴⁾: Die Untersuchung solle Angehörigen neutraler Staaten übertragen werden, die ein für allemal von den Parteien in gegenseitigem Einvernehmen bestimmt werden und von einem internationalen Organ, z. B. dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes, abhängen sollten. Diese Kommission sollte ihre tatsächlichen Feststellungen über den behaupteten Verstoß gegen das Abkommen den Parteien mitteilen, die dann ihrerseits die daraus sich ergebenden Maßnahmen zu treffen haben würden. Der damit nicht zufriedene Beschwerdeführer sollte den Ständigen Internationalen Gerichtshof anrufen können. Das Rundschreiben schloß mit der Aufforderung an die Rote Kreuz-Organisationen bzw. Regierungen der beteiligten Staaten, zu den Vorschlägen des Komitees Stellung zu nehmen bzw. neue hinzuzufügen.

Anläßlich der 16. Sitzung des »Conseil des Gouverneurs de la Ligue des Sociétés de la Croix-Rouge« in Paris traten am 23. November 1936 die Vertreter von 39 nationalen Rote Kreuz-Gesellschaften unter dem Vorsitz Max Hubers zu einem privaten Meinungsaustausch über die Frage einer Revision der Genfer und anderer Abkommen zusammen, nahmen das vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes im Rundschreiben Nr. 328 vom 31. Juli 1936⁵⁾ für die Revision der Genfer und anderer »analoger« Abkommen vorgeschlagene Arbeitsprogramm zur Kenntnis, das insbesondere eine Erörterung der Frage vorsah, wie eine rasche, sichere und unparteiische Feststellung von Tatbeständen, die eine Verletzung dieser Abkommen enthalten könnten, zu ermöglichen sei. Sie ersuchten das Internationale Komitee des Roten Kreuzes in einer Entschliebung:

¹⁾ In diesem Sinne wurden die Anträge auch von dem Internationalen Komitee verstanden, vgl. die Ausführungen des Präsidenten Huber, *Revue Internationale de la Croix-Rouge* 1936, S. 942.

²⁾ A. a. O. S. 305.

³⁾ Wiedergegeben a. a. O. S. 334 ff.; vgl. v. Nostitz-Wallwitz, a. a. O. S. 692 ff.

⁴⁾ *Revue du Service de santé militaire* 1936, S. 1029 f.

⁵⁾ Vgl. oben S. 471 f.

»de vouloir bien prendre sans retard les mesures propres à assurer aux Conventions de Genève leur pleine valeur comme élément de protection humanitaire — même au cours d'un conflit armé donnant lieu à l'emploi de tous les moyens dont dispose la technique militaire.«¹⁾

Der Vorsitzende wies in seinem Schlußwort²⁾ unter anderem darauf hin, daß es zu den Aufgaben des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes gehöre, über die Einhaltung der Grundsätze des Genfer Abkommens zu wachen, Klagen über Verstöße entgegenzunehmen und an die Gegenseite weiterzugeben, sowie sich aus eigenem Antrieb unmittelbar an eine für eine Abkommensverletzung möglicherweise verantwortliche Regierung zu wenden, Aufklärungen einzufordern und darauf zu dringen, daß Verletzungen abgestellt würden, nicht jedoch Rechtsentscheidungen zu fällen. Denn hierfür sei eine umfassende Tatsachenfeststellung erforderlich, zu der das Internationale Komitee im allgemeinen nicht in der Lage sei, unter anderem deshalb nicht, weil seine Delegierten unter anderen Gesichtspunkten ausgewählt würden und auch immer nur von der Auffassung der einen Partei Kenntnis haben könnten. Eine solche Aufgabe sei ihrer Natur nach weder eine solche des Roten Kreuzes überhaupt noch des Internationalen Komitees im besonderen. Das Internationale Komitee könne aber, wenn die Parteien ihm als unparteiischer Instanz die Untersuchung von Kriegsgeschehnissen anvertrauten, die mit der humanitären Arbeit des Roten Kreuzes zusammenhingen, sich dieser Aufgabe nicht entziehen und habe deshalb auch die ihm im italienisch-abessinischen Krieg in Anwendung des Art. 30 des Genfer Abkommens übertragene Mission übernehmen zu müssen geglaubt, da es die Bedeutung einer erstmaligen Verwirklichung des in dieser Bestimmung enthaltenen Gedankens nicht verkannt habe. Die Durchführung sei allerdings an der Passivität des einen Kriegführenden gescheitert.

Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes, durch die erwähnte Pariser Entschließung erneut mit den Vorbereitungen zur Änderung des Genfer Abkommens, insbesondere hinsichtlich des Problems der Feststellung und Verhütung von Verstößen betraut, beauftragte nunmehr zwei Sachverständige, den damaligen Greffier des Ständigen Internationalen Gerichtshofes, Åke Hammarskjöld, und den Schweizer Professor Dietrich Schindler mit der Erstattung von Gutachten über die Frage der Änderung des Art. 30. Schindler³⁾ gelangte zu folgendem Vorschlag:

Article 30.

I. A la demande d'un belligérant, une enquête devra être ouverte au sujet de toute violation alléguée de la Convention. Une fois la violation constatée, les belligérants y mettront fin le plus promptement possible.

¹⁾ Revue Internationale de la Croix-Rouge 1936, S. 937f.

²⁾ A. a. O. S. 938ff.

³⁾ Revue Internationale de la Croix-Rouge 1937, S. 510ff., 518f.

2. L'enquête sera confiée à une Commission composée de trois ou cinq membres choisis parmi les ressortissants de pays neutres. Cette Commission sera nommée par la Puissance protectrice de l'Etat qui allègue la violation, d'accord avec l'Etat incriminé.

3. Si cet accord n'est pas obtenu dans un délai de cinq jours à partir de la demande d'enquête, le Comité international de la Croix-Rouge constituera lui-même la Commission, sur demande de la Puissance protectrice de l'Etat qui allègue la violation.

4. Le Comité international de la Croix-Rouge constituera également la Commission, sur demande de l'Etat qui allègue la violation, au cas où il n'y aurait pas de Puissance protectrice.

5. Les Puissances protectrices pourront proposer aux belligérants la nomination de Commissions dès le début des hostilités.

6. Sauf accord contraire, la procédure suivie pour l'enquête sera celle qui est prévue au titre III de la Convention de la Haye du 18 octobre 1907 pour le règlement pacifique des conflits internationaux (art. 18 à 36).

Article 30 bis.

1. Une Puissance neutre peut demander qu'une enquête soit faite au sujet d'une violation de la Convention commise à son égard.

2. La Commission d'enquête sera nommée d'accord entre les parties parmi les ressortissants de Puissances tierces. A défaut d'accord dans les cinq jours à partir de la demande, elle sera nommée, sur requête de l'Etat neutre, par le Comité international de la Croix-Rouge.

3. Les dispositions d'autres traités, notamment en matière d'arbitrage, demeurent en vigueur pour les Etats qui y sont parties.

Im Anschluß an das Gutachten von Hammarskjöld¹⁾ formulierte das Komitee den Entwurf eines neuen Art. 30 sowie eines »Projet de règlement annexé à la Convention de Genève« mit Einzelbestimmungen über das Untersuchungsverfahren²⁾. Der Entwurf des Art. 30 lautet:

Article 30.

Lorsqu'une violation de la Convention sera alléguée, une enquête impartiale sera entreprise, sur plainte d'une des parties en cause, sous les auspices d'un organisme international permanent.

Une fois la violation dûment constatée, les parties en cause s'engagent à la faire cesser et à la réprimer le plus promptement possible.

Les modalités de la procédure d'enquête sont fixées par le Règlement annexé à la présente Convention. Les dispositions de ce Règlement sont obligatoires pour les parties contractantes qui n'ont pas spécifiquement convenu de le remplacer par d'autres stipulations applicables entre elles en lieu et place dudit Règlement.

Mit Rundschreiben Nr. 338 vom 26. April 1937³⁾ lud das Internationale Komitee die Rote Kreuz-Gesellschaften zur Beratung über Fragen der Auslegung und Abänderung des Genfer Verwundetenab-

¹⁾ Diese Zeitschrift Bd. VII, S. 265 ff.

²⁾ Revue Internationale de la Croix-Rouge 1938, S. 440 ff.

³⁾ A. a. O. 1937, S. 527 ff.

kommens von 1929 auf den 19. Oktober 1937 nach Genf ein. Zur Vorbereitung dieser Sachverständigenzusammenkunft veröffentlichte Paul Des Gouttes ein »Projet de revision de la Convention de Genève du 27 juillet 1929 présenté aux Sociétés nationales de la Croix-Rouge par le Comité international de la Croix-Rouge«¹⁾, mit einer Zusammenstellung der bis dahin von den nationalen Rote Kreuz-Organisationen beim Internationalen Komitee in Beantwortung des Rundschreibens Nr. 328 eingegangenen Äußerungen. Zu Art. 30 werden insbesondere die vom deutschen, britischen, bulgarischen, schwedischen und tschechoslowakischen Roten Kreuz gemachten Vorschläge wiedergegeben, im übrigen die Gutachten von Hammarskjöld und Schindler den Rote Kreuz-Gesellschaften zu eingehender Prüfung empfohlen²⁾).

Diese Gutachten sowie der vom Internationalen Komitee formulierte Entwurf wurden der Sachverständigenversammlung vorgelegt³⁾, ferner zwei weitere Entwürfe einer Neufassung des Art. 30, der eine von der niederländischen Delegation⁴⁾, der andere von dem Abteilungsleiter im Schweizerischen Politischen Bundesdepartement, C. Gorgé⁵⁾.

Nach dem niederländischen Vorschlag sollen sowohl die kriegführenden Parteien als jede neutrale Macht, deren anerkannte Rote Kreuz-Gesellschaft die in Art. 11 des Abkommens vorgesehene Hilfeleistung gewährt hat und die von der Abkommensverletzung betroffen ist, zum Antrag auf Einleitung eines Untersuchungsverfahrens berechtigt sein. Zur Durchführung der Untersuchung soll schon bei Beginn der Feindseligkeiten für je zwei miteinander kriegführende Parteien mindestens eine aus drei Mitgliedern bestehende Kommission errichtet werden, also bei einem Krieg zwischen den Staaten A, B, C einerseits und D und E andererseits mindestens sechs Kommissionen, die auf Antrag der Kriegführenden von neutralen Rote Kreuz-Gesellschaften gebildet werden. Die angerufene Kommission soll sich alsbald an Ort und Stelle begeben, um unverzüglich die erforderlichen Feststellungen zu treffen, und ihren Bericht umgehend den beteiligten Mächten zuleiten. Diese sollen darauf die ihnen erforderlich erscheinenden Maßnahmen ergreifen und einer festgestellten Abkommensverletzung so rasch wie möglich ein Ende setzen.

Der Vorschlag Gorgé gibt jedem Unterzeichnerstaat des Abkommens das Recht, im Falle einer behaupteten Verletzung des Abkommens

1) A. a. O. S. 645 ff.

2) A. a. O. S. 669 f.

3) Vgl. den Bericht des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, *Revue Internationale de la Croix-Rouge* 1938, S. 193 ff.

4) Abgedruckt: *Revue Internationale de la Croix-Rouge* 1938, S. 485 f.; Zusammenfassung der mündlichen Begründung des Vorschlages durch den niederländischen Delegierten Donker-Curtius, a. a. O. S. 486 ff.

5) Abgedruckt: a. a. O. S. 492 ff. mit ausführlichen Erläuterungen Gorgés.

vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes die Eröffnung eines Untersuchungsverfahrens zu verlangen, das von einer aus fünf Mitgliedern bestehenden Kommission durchgeführt wird. Zwei Mitglieder werden von den Kriegführenden auf Grund einer vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes geführten Liste aus den Angehörigen neutraler Staaten ausgewählt, die drei übrigen auf Grund derselben Liste vom Internationalen Komitee bestimmt, das auch den Vorsitzenden der Kommission ernennt. Die Bildung der Kommission soll erst nach Eingang eines Antrags erfolgen, weil die vorherige Errichtung einerseits ein Ausdruck des Mißtrauens gegen die redlichen Absichten der Kriegführenden, andererseits ein unerwünschter Anreiz zu grundlosen Beschuldigungen wäre, ferner die Zusammensetzung der Kommission von der nicht im voraus übersehbaren Ausdehnung des Krieges auf anfangs neutrale Staaten sowie auch von der Art der Abkommensverletzungen abhängt, endlich weil bei Kriegen zwischen mehreren Staaten die vorherige Errichtung zur Folge haben würde, daß eine größere Anzahl von Kommissionen eingesetzt werden müßte, die unter Umständen denselben Sachverhalt zu untersuchen hätten. Verfahrensmäßig soll die Kommission, vorbehaltlich anderweitigen Mehrheitsbeschlusses, die Bestimmungen des Titels III des Haager Abkommens zur friedlichen Regelung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907¹⁾ entsprechend anwenden. Die Kommission soll feststellen, ob die behauptete Verletzung tatsächlich begangen wurde, und ihren Bericht dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes vorlegen, das ihn alsbald an die Parteien weiterleiten soll. Der Bericht soll gegebenenfalls Empfehlungen an die Parteien zur Gewährleistung der Einhaltung des Abkommens enthalten, die ihrerseits etwa festgestellte Verletzungen unverzüglich abzustellen haben.

Der französische Delegierte Basdevant schloß sich in seiner mündlichen Stellungnahme²⁾ weitgehend dem Gutachten Hammarskjölds an, wandte sich gegen die Einsetzung der Kommission durch die Schutzmacht des Staates, der die Verletzung behauptet³⁾, oder durch eine Rote Kreuz-Gesellschaft eines neutralen Staates, weil die Neutralität dieser Staaten dadurch gefährdet werden könne; er schlug vor, die Einsetzung der Kommission durch eine angesehene ständige internationale Einrichtung, etwa den Ständigen Internationalen Gerichtshof, und zwar erst im Bedarfsfalle, vornehmen zu lassen. Die Kommission solle nur aus Neutralen bestehen und zwar, je nach Ermessen des Ständigen Internationalen Gerichtshofes, aus einem, drei oder fünf Mitgliedern. Die Kriegführenden sollten durch Bevollmächtigte vertreten sein, die man auch — allerdings nur mit beratender Stimme — an den Verhandlungen

1) RGBl. 1910, S. 5 ff.

2) *Revue Internationale de la Croix-Rouge* 1938, S. 503 ff.

3) Wie Schindler vorgeschlagen hatte, vgl. oben S. 474 f.

der Kommission teilnehmen lassen könne. Der Bericht der Kommission könne den Kriegführenden unmittelbar, oder aber dem Ständigen Internationalen Gerichtshof zugeleitet werden, der so instandgesetzt würde, Anweisungen oder Empfehlungen an die Kriegführenden beizufügen und zugleich das Verfahren zu verfolgen und zu überwachen.

Die Kommission hat, wegen der begrenzten Zeit und wegen des teilweise »diplomatischen Charakters« der Frage, von der Formulierung eines neuen Textes abgesehen und ihren Standpunkt bezüglich einer Revision des Art. 30 in sieben mit Begründung und Erläuterungen versehenen Grundsätzen niedergelegt:¹⁾

La Commission estime souhaitable:

1) *que l'ouverture de la procédure d'enquête ait lieu d'une manière aussi rapide que possible et quasi-automatique.*

Elle a considéré en effet que la rapidité de l'ouverture de l'enquête était d'une importance capitale, un délai pouvant entraîner la répétition d'une violation de la Convention et des mesures de représailles. Par «quasiautomatique», il faut entendre que le déclenchement de la procédure soit immédiat et ne puisse pas être différé du fait des parties, comme cela pourrait être le cas maintenant.

2) *que l'enquête puisse être demandée par toute Partie à la Convention, directement intéressée.*

Par «partie intéressée» la Commission a déclaré comprendre non seulement les belligérants, mais aussi le pays neutre qui a prêté à un belligérant le concours de personnel ou de matériel sanitaires.

3) *qu'un organe unique, central et permanent, prévu d'avance par la Convention, soit chargé de constituer la commission d'enquête, en totalité ou en partie.*

Ce principe consacre l'existence d'un organisme de nomination qui soit unique, central et préconstitué, prêt à fonctionner en tout temps, de manière à offrir le maximum de rapidité dans la constitution de la commission d'enquête.

La Commission d'experts a repoussé la proposition de la Croix-Rouge néerlandaise d'instituer un organisme de nomination plural, en l'espèce les Sociétés nationales de la Croix-Rouge désignées par les Etats intéressés.

Elle a en effet estimé que l'unité de l'organe de nomination était susceptible d'assurer une constitution plus rapide de la commission, et que les Sociétés de la Croix-Rouge ne pourraient concilier ce rôle avec leur neutralité qui doit rester absolue.

4) *que la commission d'enquête soit nommée pour chaque cas spécial au moment où la demande en sera faite, à la suite d'une violation alléguée de la Convention.*

L'idée de la préconstitution de la commission d'enquête, avant ou après l'ouverture des hostilités, a été repoussée. Elle sera constituée pour chaque cas spécial, à la suite d'une demande d'un intéressé. Il va de soi que lorsque deux ou plusieurs violations auront un caractère de connexité, c'est la même commission d'enquête qui, par voie de jonction, sera appelée à en connaître.

¹⁾ A. a. O. S. 229 ff.

5) *que les membres de la commission d'enquête soient choisis par l'orange précité sur des listes, tenues à jour, de personnes qualifiées, et disponibles, dont les noms auront été présentés d'avance par les Gouvernements.*

Les experts, reconnaissant la difficulté qu'il y a à trouver sans délai des personnes qualifiées qui soient disposées à accepter de faire partie d'une commission d'enquête a adopté le principe des listes de noms présentés par les Gouvernements, qui devraient être très largement établies et tenues à jour avec le plus grand soin;

6) *que des organes spéciaux soient désignés d'avance pour faire, le cas échéant, les constatations d'extrême urgence qui s'imposeraient.*

La Commission d'experts a surtout envisagé par là la faculté qu'elles auraient de pouvoir charger des personnes se trouvant à proximité des lieux où la violation a été commise, de faire les premières constatations dans les cas d'extrême urgence. En effet, si rapidement que puisse intervenir la constitution de la commission d'enquête, il s'écoulera toujours un certain temps entre le moment où l'infraction a été commise et celui où les enquêteurs arriveront sur place. Il y a lieu de remarquer que c'est, entre autres, pour parer à cet inconvénient que la Croix-Rouge néerlandaise avait proposé la compétence des Sociétés nationales, désignées par les parties intéressées pour la nomination des enquêteurs.

7) *que le rapport de la commission d'enquête puisse, le cas échéant, contenir, en dehors des constatations de fait, des recommandations à l'égard des intéressés.*

Ces recommandations auraient principalement pour but d'empêcher la répétition de la violation et le recours à des mesures de représailles.

Die Kommission beauftragte das Internationale Komitee des Roten Kreuzes mit der Abfassung eines Berichts über ihre Arbeiten sowie eines Textentwurfs eines revidierten Genfer Abkommens zur Vorlage an die XVI. internationale Konferenz des Roten Kreuzes.¹⁾

Der von der Sachverständigenkommission gutgeheißene Bericht des Internationalen Komitees wurde der vom 20. bis 25. Juni 1938 in London abgehaltenen XVI. internationalen Konferenz des Roten Kreuzes als Dokument Nr. 11 zu Punkt 4a der Tagesordnung²⁾ vorgelegt. Als Anhang III betitelt: »Revision de l'article 30 de la Convention de Genève«, waren unter Ziffer 1 und 2 die Gutachten von Hammarskjöld und Schindler, unter Ziffer 3 bis 5 der niederländische Vorschlag mit Erläuterungen von Donker-Curtius, der kommentierte Vorschlag Gorgés und die Stellungnahme von Basdevant beigefügt.³⁾

Die zweite Kommission (Commission juridique) der XVI. internationalen Konferenz des Roten Kreuzes hat sich mit 20 gegen 13 Stimmen für die Abänderung des Art. 30 des Genfer Abkommens ausgesprochen und bei der Abstimmung über die von der Genfer Sachverständigenkommission aufgestellten sieben Grundsätze deren Punkt 1

1) A. a. O. S. 198.

2) XVI^e Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Compte rendu, S. 11.

3) Vgl. die Übersicht a. a. O. S. 507.

und 2 ohne Diskussion angenommen. Zu Punkt 3 wurde auf Vorschlag des italienischen Delegierten Michelis, der sich grundsätzlich entschieden gegen eine Änderung des Art. 30 ausgesprochen hatte, einstimmig beschlossen, daß das Internationale Komitee des Roten Kreuzes das von der Sachverständigenkommission vorgesehene ständige Zentralorgan sein solle. Die Punkte 4, 5 und 6 wurden ohne Erörterung angenommen, der Punkt 7 auf Vorschlag des Präsidenten fallen gelassen.¹⁾

Die Konferenz hat in ihrer Vollversammlung vom 24. Juni 1938 nach Entgegennahme des Berichts von Gorgé über die Arbeiten der 2. Kommission deren Resolutionsentwurf betreffend die Revision des Genfer Abkommens von 1929 einstimmig angenommen.²⁾ Danach soll von einer vollständigen Neufassung des Abkommens Abstand genommen werden. Die vorgeschlagenen Änderungen sollen auf einer demnächst einzuberufenden diplomatischen Konferenz in einem Protokoll dem Abkommen beigefügt werden³⁾, deren baldigem Zusammentreten ein besonderes »vœu« der Konferenz⁴⁾ gilt.

Strebel.

Chronik der Staatsverträge

I. Politische Verträge

Nachdem die Unfähigkeit des tschecho-slowakischen Staates, »das Zusammenleben der in ihm willkürlich vereinten Völkergruppen vernünftig zu organisieren und damit das Interesse aller Beteiligten an der Aufrechterhaltung ihres gemeinsamen Staates zu erwecken und zu erhalten«⁵⁾ nach vorangegangenen schweren Unruhen am 14. März 1939 zu den Unabhängigkeitserklärungen der Slowakei⁶⁾ und der Karpatho-Ukraine⁷⁾ und damit zu seiner tatsächlichen Auflösung

1) XVI^e Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Résumé des débats de la Commission juridique (Deuxième Commission). Deuxième Séance, S. 3f.

2) XVI^e Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Compte rendu, S. 81.

3) A. a. O. S. 82.

4) A. a. O. S. 103.

5) So die Präambel des Erlasses des Führers und Reichskanzlers über das Protektorat Böhmen und Mähren vom 16. 3. 1939: RGBl. I 1939, S. 485.

6) Die Slowakei unternahm diesen Schritt, wie es in der Unabhängigkeitserklärung (»Völkerbund« Nr. 12 vom 23. 3. 1939, S. 153) heißt, »im Interesse eines friedlichen Zusammenlebens zwischen dem tschechischen und slowakischen Volk, im Interesse der Geltendmachung des einem jeden Volk von Gott selbst verliehenen Selbstbestimmungsrechtes, im Interesse der Ruhe Mitteleuropas und der Slowakei, besonders jedoch im Interesse der Zukunft unseres eigenen heißgeliebten slowakischen Volkes«.

7) S. hierzu die Erklärungen des britischen Premierministers vor dem Unterhaus vom 16. 3. 1939: Parl. Deb., H. o. C., Bd. 345, Sp. 615.